

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 9. Dezember 1884.

Nr. 576.

Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. Dieweil einmal von neuen Steuern im Reiche die Rede ist und leider die Rede sein muss, schreibt die "Magd. Ztg.", mag auch die Frage wegen einer Steuer wieder auf's Tapet gebracht werden, die schon mehrmals angeregt, aber immer ziemlich kurzer Hand — wie uns scheint, mit Unrecht — von der Tagesordnung der öffentlichen Meinung abgesetzt worden ist.

Wir meinen die sogenannte "Wehrsteuer", d. h. eine Abgabe, welche als Äquivalent für nicht geleisteten persönlichen Heeresdienst Solche zu entrichten hätten, die von diesem Heeresdienste aus Gründen, welche ihre Erwerbs-Fähigkeit nicht berührten, freigekommen wären.

Es sei voraus bemerkt, daß eine solche Wehrsteuer keineswegs etwa eine neue Erfindung ist, daß sie vielmehr seit langen Jahren in der Schweiz bestanden hat und noch besteht.

Dass dieselbe aber auch eine durchaus rationelle und gerechte Steuer, ja, daß sie recht eigentlich nur die Ausgleichung einer ohne sie bestehenden Ungleichheit ist, läßt sich unseres Erachtens leicht erweisen. Angenommen, zwei junge Männer müßten sich gleichzeitig als wehrpflichtig stellen. Beide sind vollkommen gesund, körperlich und geistig erwerbsfähig, aber der Eine ist um ein paar Zentimeter zu klein oder er hat, was man Plattfüße nennt, oder einen etwas starken Hals und wird daher nicht als Rekrut eingesetzt oder kommt höchstens zur Freiwilligen Reserve, während der Andere eingesetzt wird. Dieser Letztere muß, falls er als Freiwilliger eintritt, sich auf seine Kosten eiquippen, eben so sich selbst in Wohnung, Kost u. Unterhalts; er ist aus seiner Karriere herauergeschissen; selbst als Reservist wird es ihm schwer, eine Stelle zu bekommen (als Gehilfe im Handwerk oder Kaufmannsstande oder vergleichen), weil er immer wieder eingezogen werden kann und auch öfters eingezogen wird. Dient er als gewöhnlicher Gemeine, so wird er über 2½—2½ Jahre lang bei der Fahne behalten und bleibt dann ebenfalls noch 3 Jahre lang dem Wiederholungsgegenverden unterworfen. Genug, der als tauglich befundene muß, abgesehen von den etwaigen Kosten seiner Selbstausstattung und Selbstbehaltung, 6 Jahre seines Lebens ganz oder doch zum großen Theil dem Dienste des Vaterlandes widmen und also diese Zeit mehr oder weniger vollständig seinem eigenen Beruf und dem darauf begründeten Erwerbe entziehen. Jeder Andere, welcher freikommt, erwartet nicht nur die namhaften Kosten des einjährigen Freiwilligendienstes, sondern auch das sehr bedeutsame Quantum von Zeit, welches der als Rekrut eingesetzte opfern muß, er kann sofort unbehindert und ungestört einen Beruf und Erwerb ergreifen, darin fortwährend thätig sein, durch seine Thätigkeit sich ein Einkommen, ein kleineres oder größeres, verschaffen.

Wiegt darin nicht eine starke, beinahe an Ungerechtigkeit grenzende Ungleichheit? Man sagt wohl: Der so bevorzugte könne nichts dafür, daß er nicht zur Ableistung seiner Wehrpflicht herangezogen wird, ja er empfände es vielleicht selbst schmerzlich, daß ihm die Ehre des persönlichen Dienstes versagt sei. Wir glauben nicht, daß dieser Schmerz sehr groß ist, so lange es sich um den bloßen Friedensdienst handelt, bei welchem doch die Beschwerden, die Anstrengungen, die direkten und indirekten finanziellen Opfer im Vordergrund treten. Kommt es zum Kriege, also zu dem eigentlichen Ehrendienst für's Vaterland, so kann da man es dann mit der Untermäßigkeit und den kleinen Gebrechen nicht so genau nummert auch der vorher zuvorstellte seinem patriotischen Drange genugthun und dann hört selbstverständlich das Äquivalent für den persönlichen Dienst, die Wehrsteuer, auf. Im Frieden wird aber immer die Thatsache bestehen bleiben, daß der Eine Opfer bringt, und zwar nicht unbedeutende, der Andere von diesen Opfern frei ist, daß der Eine sich in seinem bürgerlichen Fortkommen mehr oder weniger gehemmt sieht, während der Andere diesem Fortkommen ruhig nachgehen kann, daß daher Jener in seinem Gewerbe zurückbleibt, Dieser dagegen jenen überflügelt, ohne dafür ein Äquivalent zu leisten.

Man hat nun wohl die Wehrsteuer von vornherein damit abzuhören gemeint, daß man sagt: „es sei eine Blutsteuer“, oder: „die Wehrpflicht sei eine Ehrenpflicht, die sich mit Geld nicht abkaufen lasse“. Das sind Redensarten, die nichts bedeuten. Der republikanische Schweizer hat gewiß ein eben so starkes, patriotisches Ergefühl wie der Angehörige des deutschen Reiches, und doch findet er die Wehrsteuer

ganz natürlich und ganz gerecht. Und warum auch nicht? Ist es nicht ehrenhaft und patriotisch, dem Vaterlande, wenn man ihm nicht mit seiner Person dienen kann, wenigstens mit einer anderen Leistung zu dienen, die ein Ausdruck der Persönlichkeit ist, nämlich mit dem, was man durch seine persönliche Kraft, die man nicht direkt im Dienste des Vaterlandes verwerthen kann, erwirkt?

Es versteht sich von selbst, daß, wo der Grund, welcher Demand vom Heerdienst befreit, zugleich ein solcher ist, welcher dessen Erwerbsfähigkeit in einer oder anderer Weise schwächt, z. B. eine Verkrüppelung seines Gliedmaßen oder eine allgemeine körperliche Schwäche und Kräfligkeit, daß da von einer Wehrsteuer nicht die Rede sein kann; sie dürfte nur da Platz greifen, wo diese Erwerbsfähigkeit durch den Grund der Militärfehlheit völlig unberührt bleibt, wie sie das in den oben angeführten Fällen — bei Untermäßigkeit, bei Plattfüßen und vergleichen, — fast immer bleiben wird.

Die Wehrsteuer müßte nach dem Maßstabe der allgemeinen Erwerbs- oder Einkommensteuer erhoben werden; denn je höher das Einkommen ist, welches Jemand bei ungestörter bürgerlicher Berufstätigkeit erwerben kann, desto größer ist der Vortheil, den er von einer ungestörten Berufstätigkeit hat, und es ist daher billig, daß er von diesem höheren Einkommen auch einen verhältnismäßig größeren Anteil dafür zahle, daß er eben eine solche ungestörte Berufs- und Erwerbstätigkeit ausüben kann. Die ärmeren Klassen, die ein geringes Einkommen haben und daher auch entweder keine oder nur eine ganz geringe Steuer zahlen, würden also von der Wehrsteuer entweder gar nicht oder kaum merklich getroffen werden; es würde vorsorgeweise eine Besteuerung der Wohlhabenden oder doch Derer sein, die durch ihren Beruf in der Lage wären, sich mehr zu verdieben. Es ist ja gewiß, daß der Kaufmann, der Landwirth, der Studirende oder Student u. A. durch den Dienstzwang in ihrem Erwerbe und ihrem Fortkommen härter betroffen werden, als z. B. der einfache Arbeiter, daß daher für sie die Besteuerung von diesem Zwange größeren Vortheil bringt als für diese; eine progressive Taxazierung der Wehrsteuer würde daher eben so gerecht sein, wie die Erhebung einer Wehrsteuer überhaupt.

Denkt man noch, daß eine nicht unwesentliche Steigerung der Ausgabe für das Heer bedingt ist durch die sehr gebietsspezifische Rücksicht auf bessere Versorgung der Mannschaften, bessere Wahrung der Unteroffiziere und Bergl. — Dinge die ihres dem Betreffenden selbst, thells dem allgemeinen Dienste zu Gunsten kommen —, so dürfte der durch eine Wehrsteuer zu erreichende, gewiß nicht ganz unbeträchtliche Zusatz gerade zu diesen Ausgaben sitz um so mehr als ein gerechtfertigter darstellen. Da es könnten viel leicht auch mit Hilfe einer solchen Wehrsteuer (wie das unseres Wissens in der Schweiz der Fall ist) solchen Wehrpflichtigen, die ihrem Bildungsgrade nach die Möglichkeit hätten, als Einjährig Freiwillige einzutreten, denen aber die äußeren Mittel dazu fehlen, diese Mittel ganz oder teilweise gewährt werden.

Berlin, 8. Dezember. Seit der Reichstagsverhandlung über das Ausweisungsgesetz ist Herr Windhorst der Gezerrstand lebhafte Angriffe seitens der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"; in seiner neusten Nummer bewirkt das Regierungsblatt zu einem festigen Artikel der "Kölner Zeitung" gegen den Zentrumsführer, worin sehr verfängliche Neuerungen derselben aus jener Debatte hervorgehoben werden:

"Durch seine auf die Zerstörung des Reiches anspielenden Reden hat Herr Windhorst der Mandatarius des Herzogs von Cumberland, die Erfolge des selben in Braunschweig vollständig unmöglich gemacht, und wenn letzter nunmehr jedi Aussicht verloren hat, so mög er sich bei seinem Bevollmächtigten dafür bedanken. Die verbündeten Regierungen werden Niemand in ihrer Mitte dulden, der es sich zur Aufgabe macht, von der Lüneburg des Reichstags herab den Aufruhr gegen Kaiser und Reich zu vertheidigen."

Von der Befestigung der französischen Ostgrenze, wie solche durch Umbau und Erweiterung mehrerer Festungen, — Toul, Verdun, Belfort und anderer — sowie durch die Anlage zahlreicher Sperrforts seit dem letzten Kriege bewirkt worden ist, wurde an dieser Stelle mehrfach Erwähnung gethan. Hochinteressant und bezeichnend für die Beurtheilung der gegenwärtigen Lage in Frankreich, insbesondere auch mit Bezug auf diese Befestigungsfrage, sind die Ausführungen der "Republique", welche der Rechte Noches in



der Budgetberathung um deswillen hervorragende Beachtung schenkt, weil in ihr nachgewiesen sei, daß die Finanzlage Frankreichs doch nicht so bedenklich sei, als man mehrfach zu behaupten geneigt sei. Das genannte Blatt fährt dann fort:

"Die unsinnigen Bauprojekte, die Freycinet ausgeholt hatte, um Frankreich glücklich zu machen, tragen allerdings viel zu der verzwickten Lage bei; aber man sollte doch auch einsehen, daß die Angst, welche zur Vergeudung vieler Millionen zu Festungsbarrieren führte, große Löcher in den Staatsfondi gerissen habe. Die Genieoffiziere spinnen immer neue Pläne; bei den Bauten wurde viel verdient, „die Maurerleute“, die nach Napoleon I. nicht ruhen darf, um die Massen zu befriedigen, that ihre Wirkung, die Sperrforts wuchsen wie die Pilze und zur Verhüllung der Angstpfister; aber sie kosteten viel Gold, und sie werden in Augenblick der Gefahr so viele Vertheidiger erfordern, daß die Feldarmee dadurch, wie jetzt das Budget, starke Lücken aufweisen wird. Campoma hält

beiden eingetreten ist, sondern daß man eine mittlere den Verhältnissen, wie sie sich damals entwickelt haben, angemessen Form der Besitzergreifung angewandt hat. Die Landeshoheit wird im Namen des Kaisers ausgeübt durch einen kaiserlichen Gouverneur mit dem Sitz in Kamerun, dem ein Kollegium aus Vertretern der daselbst bestehenden Firmen (darunter auch englische, ferner ein Missionar und zwei eingeborene Häuptlinge) zur Seite gestellt werden soll. Die Mitglieder würde der Gouverneur zu ernennen und zu entlassen haben. Außerdem soll für den Bereich mit der Reichsregierung ein Syndikat in Hamburg gebildet werden, welches in Berlin wahrscheinlich eine ständige Vertretung haben wird, und das Wünsche und Anträge der betreffenden Firmen in allen zur Entscheidung durch das Reich stehenden Fragen der Regierung vorträgt, und zwar dem auswärtigen Amt des Reichs, da von dieser Behörde aus die deutschen Beamten in Westafrika ihre Anweisung empfangen. Soweit also das Reich die Kolonien regiert, wird diese Regierung ausgeübt durch das auswärtige Amt, welches, soweit Kosten in Anspruch genommen werden, dafür dem Bundesrat und Reichstag verantwortlich ist — selbstverständlich durch die Person des Kanzlers. Die Verwaltung der Kolonie führen die dort ansässigen Kaufleute eben so wie sie die Handelsangelegenheiten unter sich haben. Es mag noch darauf hingewiesen werden, daß der Kanzler in dem Entwurf einer Note an die Großmächte und die in Afrika interessierten Staaten (sämtliche Konferenzmächte, mit Ausnahme des Türkei) die geschehene Besitzergreifung, welche wir in ihrem sozialrechtlichen Charakter eben erörtert haben, mit dem Ausdruck bezeichnet, daß „die Regierung S. Majestät des Kaisers zur wohlerem Wahrung des deutschen Handels an der Westküste Afrikas einige Gebiete dieser Küste unter ihrem Schutz genommen“ habe. Hier werden ferner zum ersten mal authentisch die sämtlichen Gebiete (auch Angola-Piquete u. c.) vorüber der bis jetzt aufgegebene Theil der Altenküste sich sonst noch gar nicht äußert) aufgezählt, über welche das deutsche Reich die Hoheit erworben hat. Es sind das an der Sklavenseite das Logogebiet mit den Häfen Komé und Bogida, in der Bay von Biafra, die Gebiete von Bizebia (mit der Insel Nkol), Kamerun, Malimba (bis auf den nördlichsten Theil), Klein Batanga, Plantation und Trity und in Südwestafrika das Küstengebiet zwischen Kap Tris und dem Oanschluss mit Anschluß der Walisischbucht.

Demselben Selbstbekenntnis kann die Anerkennung gewiß nicht versagt werden; um so mehr haben wir Grund, uns der Sicherheit und Überlegenheit Nähe zu freuen, welche die deutsche Heeresleitung charakterisiert, im Gegensatz zu dem sieberhaften Bemühen der Franzosen, ihr Land wie mit einer Art chinesischer Mauer zu umschließen. Alles was deutscherseits geschehen ist gegenüber jenen Besitzungen und fortifizierte Analogien, es gipfelt in dem Streben, das Eisenbahnbahnhof unseres Staates strategischen Zwecken dienstbar zu machen, es so viel wie möglich auszubauen, um, wenn die Notwendigkeit uns zwinge, zur rechten Zeit am richtigen Orte so stark wie möglich im Felde zu stehen, aber nicht hinter Erdwerken die Massnahmen des Gegners abzuwarten.

Die vom Kultusminister v. Gosler hierher berufene Kommission zur Reorganisation der königlichen Landesbibliothek wird, wie wir erfahren, in den nächsten Tagen ihre Berathungen beginnen. Es gehören der Kommission namhafte Gelehrte und mehrere Ober-Bibliothekare an. Das Unterrichtsministerium wird auch durch vortragende Räthe, unter diesen durch den Referenten für Universitätsangelegenheiten, vertreten sein. Personalfragen bleiben von den Kommissionsverhandlungen ausgeschlossen. Es handelt sich um eine Reorganisation der königlichen Bibliothek, durch welche die erzielbare Ausnutzung der literarischen Schätze des umfanglichen Instituts, so wie eine planvolle Beurtheilung der Summen für Neuerwerbungen erzielt werden soll. Als Voraussetzung gilt, daß von dem bisherigen Usus abgesehen wird, die Stelle des Ober-Bibliothekars als Sinecure an einen der Gelehrten Berlins zu vergeben. Es gilt, die Bibliothek derartig umzugestalten, daß jede einzelne wissenschaftliche Disziplin durch gelehrte Kustoden vertreten ist, über denen aber der Chef ein mit dem Bibliothekswesen genau vertrauter encyclopädisch gebildeter Mann steht. Die Kommission darf bei ihrem Zusammentreten ein reiches Material zur Beurtheilung und selbständigen Bearbeitung vorfinden.

Aus den diplomatischen Mitteilungen über die Besitzergreifung von "Logogebiet und Biafrabit" erhebt man, daß der Kanzler des Anstalt ist, das Reich könnte für diese Gebiete nur die Departements des Kriegs, des Auswärtigen und der Justiz übernehmen, die Departements des Innern und des Handels dagegen müßten den befreiteten Kaufleuten überlassen bleiben. Es ist vielfach gestritten worden, ob es sich bei der Besitzergreifung in jenen Gegenden um eine formelle Einverleibung (Annexion) oder um eine Unterwerfung (Protektorat) seitens des Reichs handle. Aus dem Odigen erhellt, daß im Grunde keins von

Das ungarnische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Sonnabend mit den skandalösen Zuständen der Pestler Polizei, welche bekanntlich vor längerer Zeit bereits der Chef der Sicherheitsbehörde, Stadtbaurat Thaiss veranlaßt haben, einen längeren Urlaub nachzusuchen und die Hauptstadt zu verlassen. Daß der Stadthauptmann nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird, war vorauszusehen, und hat auch der Ministerpräsident Tisza auf die Interpellation des Abgeordneten Olay ausdrücklich bestätigt. Olay griff in der Begründung der Interpellation sämtliche Funktionäre der Polizei in der schärfsten Weise an.

Alle Welt wisse, sagte er, daß die kaiserliche Polizei erpreßt, daß Falschspieler unter dem Schutz der Polizei, mit welchen sie thellen, Bankhalter sind; daß die Unmoral deshalb eine so große ist, weil Hohler mit der Polizei gemeinsame Sach machen. Daß in Budapest das Stahl frei ist, hat die Erfahrung zur Genüge bewiesen; daß aber Polizisten und Beamte mit Hohler und Kuppler so verbündet sind, daß die Diebe auf Halbpart für die Polizei stehlen, das sei doch wenigstens einzigermaßen neu. Jedermann sei es interessant zu hören, daß die Polizei einen geschickten Taschendieb deshalb abtagt, weil derselbe mit der Polizei nicht ehlich thille, daß derselbe jedoch sofort freigelassen wurde, als er sprach, sich bissern, d. h. für die Polizei nach Kräften schlagen zu wollen. Auch sei es interessant zu hören, daß ein großer Theil von den durch die Polizei in Bewahrung genommenen Gegeßen und Geldern, sowie 75 Prozent der durch die Polizei eingetriebenen Strafgelder in Verlust gerathen sind. Unerhört sei es, daß solche Schurken von Staatsbeamten verübt wurden, die über das Vermögen, das Leben und die Gesundheit der Gesellschaft wachen sollten. Paläste in den belebtesten Gassen werden am halben Tage angegriffen, öffentliche Gelder verschwinden spurlos, auf der Post gehen Hunderttausende verloren und die Polizei sei nicht im Stande, die Diebe dem Gerichte zu überantworten. Eine ganz Mordchronik könnte man zusammenschreiben von Verbrechen, wo die blutig-

gim Opfer gefunden wurden, während die Thäter frei umhergehen und der Staatspolizei als dem Schutzgeist alles Bösen ein langes Leben wünschen. Obwohl das Publikum sich über diese Skandale bereits seit Jahren beschwore, sei dagegen noch gar nichts geschehen. Alles wurde verlustig, alle Beschuldigungen für Verleumdungen erklärt. Und so seien denn der Chef der Stadtpolizei und der Ober-Stadthauptmann solidarisch verantwortlich für alle diese Skandale.

Herr von Tisza wendete sich energisch gegen den von dem Interpellanten am Säule ausgeschlagenen Verdacht, es werde auch diesmal wieder alles versucht werden, was die Untersuchung etwa ergeben sollte, und berief sich auf die weitgehenden Vollmachten, welche der mit der Untersuchung betraute Ministerialrat Jekelyszy erhalten hätte. Im Übrigen sei die Affaire jetzt dem ordentlichen Gericht übergeben, dessen Sache es sein werde, die Indizien weiter zu verfolgen. Die Untersuchung sei auf das gesamte Personal der hauptstädtischen Polizei und deren Geschäftsführung ausgedehnt. Ein sehr hartes Urteil fällte der Ministerpräsident gegen die Geschworenen Gerichte in Preßsachsen. Herr Olaz hatte bemerkt, die von ihm vorgetragenen Anklagen seien den Zeitungen entnommen und es stände den grundlos Angegriffenen ja frei, sich an die Gerichte zu wenden. Herr von Tisza erwiderte, das gehe nicht an, weil es so weit gekommen sei, daß die Schwurgerichte das Verdict fallen, daß eine Verleumdung vorliege, aber Denksachen, die dieselbe begangen, für schuldlos erklären. Unter solchen Umständen müsse jeder anständige Mensch die Preßgerichte. Die Antwort des Minister-Präsidenten wurde zur Kenntnis genommen.

Das von dem Finanzminister Maglazi in der italienischen Diputiertenkammer gestern gegebene Finanzprojekt beziffert den Überschuss der Einnahmen für das Jahr 1883 auf 24 Millionen und den Gesamtüberschuss auf 44 Millionen lire.

Trotz Aufhebung der Mählstrafe seit 1. Januar d. J. beträgt im ersten Semester der Überschuss mehr als 15 Millionen. Bezuglich der Abschaffung des Zwangslufes konflikt der Minister die Ausweichung von Noten im Betrage von 232 Millionen Gold und 116 Millionen Silber; es bleiben mit ca. noch 252 Millionen einzuschließen. Der Golddooraht in Italien erhöhte sich. Die gegenwärtige Gedächtnis ergibt aber wegen der Cholera nur einen Überschuss von 300,000 lire. Dieselbe dürfte sich jedoch demnächst viel höher gestalten und zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben hinrichen. Für 1885/86 wird der Überschuss auf 10% / 10 Millionen bestimmt, wovon 9½ Millionen zur Amortisierung von Staatschulden bestimmt sind. Nach hinreichender Bedeckung sämtlicher ordentlicher Ausgaben wird das Budget noch über 90 Millionen zur Befreiung außerordentlicher Ausgaben und Amortisierung der Staatschuld disponieren. Der vorgelegte Gesetzesentwurf über die Reorganisation der Geschäftsräte und die Eisenbahnländerungen werden das Budget vor jeder zusätzlichen Eventualität schützen. Der Minister bespricht den gegenwärtigen Entwurf betreffs der viertäglichen Zahlung der Rentenzinsen und betont die Nothwendigkeit eines organischen Institutes zur Amortisierung der Staatschuld.

Die spanische Regierung führt fort, über die Haltung, welche sie in Folge der Madrider Studentenaufruhen vom 20. November der hauptstädtischen Universität gegenüber eingenommen, beschuldigende Telegramme in die Welt zu senden, die stark an das Sprachwort erinnern: "Wer sich entschuldigt, klagt sich an!" So lautet das neueste Entschuldigungs-Communiqué, d. d. Madrid, 8. Dezember:

Auswärtige Blätter fahren fort, über die am 20. v. Ms. an der hiesigen Universität stattgehabten Vorgänge übertriebenen Nachrichten zu verbreiten. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß die Freiheit des Unterrichts bei jenen Vorgängen gar nicht in Frage gekommen und von einer Ministerialstelle keine Rede gewesen ist."

Die Thatstache inadessa, daß die Regierung sich einfach auf dem Wege des Dekrets über eine Reihe von Universitätsrechten hinwegsetze, wagt das Ministerium Canovas denn doch nicht abzuleugnen.

Niederlande.

Paris, 5. Dezember. Das neue Wahlgesetz, welches heute der Ausschuß auf den Tisch des Senates niederlegte, hat die volle Zustimmung der Regierung und wird voraussichtlich von denselben angenommen werden, da das linke Zentrum unter dem Vorsitz von Leon Say sich heute zu Gunsten derselben aussprach. Dasselbe hält die gegenwärtigen Senatoren auf Lebenszeit aufrecht, schafft sie aber für die Zukunft ab, d. h. alle 300 Senatoren werden von den Départements gewählt werden. Das Gesetz wird wahrscheinlich nächsten Montag wieder vor die Kammer kommen, die es jedenfalls annehmen wird, da eine große Anzahl Deputirter, welche für den Antrag Bloqué waren, man sagt sogar Bloqué selbst, ihren Widerstand aufgegeben haben. Die Debatten im Senat werden wahrscheinlich heftig werden, da Broglie in den Kampf eintreten und das direkt allgemeine Stimmrecht für die Senatswahlen verlangen will.

Der Handelsminister Nouvier hat eine von 250 Bewohnern des Saône- und Loiredepartements unterzeichnete Petition erhalten, worin gegen die Erhöhung der Zölle auf Brod und Fleisch Einspruch erhoben wird. Die Petition steht auseinander, daß die Auerbauer eher durch die viel zu hohen Packpreise leiden als durch die niedrigen Preise des Getreides. Dieselben halten weder das Elend noch den Hunger zu fürchten. Die Arbeiterklassen littent daher bereits durch die Theuerung der Lebensmittel. Sie machen eine politische Krise durch, die sie bis jetzt mit Geduld ertragen hätten, und erhielten einen

für ihren Lebensunterhalt kaum hinreichenden Lohn. Die Bittsteller loben die Regierung und das Parlament an, jede Maßregel zu bestatigen, welche die Preise für Brot und Fleisch noch erhöhen können.

Paris, 7. Dezember. Analog des heutigen Anarchisten-Meetings in Belleville hatte die Polizei das Publikum sich über diese Skandale bereits seit Jahren beschwore, sei dagegen noch gar nichts geschehen. Alles wurde verlustig, alle Beschuldigungen für Verleumdungen erklärt. Und so seien denn der Chef der Stadtpolizei und der Ober-Stadthauptmann solidarisch verantwortlich für alle diese Skandale.

Herr von Tisza wendete sich energisch gegen den von dem Interpellanten am Säule ausgeschlagenen Verdacht, es werde auch diesmal wieder alles versucht werden, was die Untersuchung etwa ergeben sollte, und berief sich auf die weitgehenden Vollmachten, welche der mit der Untersuchung betraute Ministerialrat Jekelyszy erhalten hätte. Im Übrigen sei die Affaire jetzt dem ordentlichen Gericht übergeben, dessen Sache es sein werde, die Indizien weiter zu verfolgen. Die Untersuchung sei auf das gesamte Personal der hauptstädtischen Polizei und deren Geschäftsführung ausgedehnt. Ein sehr hartes Urteil fällte der Ministerpräsident gegen die Geschworenen Gerichte in Preßsachsen. Herr Olaz hatte bemerkt, die von ihm vorgetragenen Anklagen seien den Zeitungen entnommen und es stände den grundlos Angegriffenen ja frei, sich an die Gerichte zu wenden. Herr von Tisza erwiderte, das gehe nicht an, weil es so weit gekommen sei, daß die Schwurgerichte das Verdict fallen, daß eine Verleumdung vorliege, aber Denksachen, die dieselbe begangen, für schuldlos erklären. Unter solchen Umständen müsse jeder anständige Mensch die Preßgerichte. Die Antwort des Minister-Präsidenten wurde zur Kenntnis genommen.

Das von dem Finanzminister Maglazi in der italienischen Diputiertenkammer gestern gegebene Finanzprojekt beziffert den Überschuss der Einnahmen für das Jahr 1883 auf 24 Millionen und den Gesamtüberschuss auf 44 Millionen lire.

Trotz Aufhebung der Mählstrafe seit 1. Januar d. J. beträgt im ersten Semester der Überschuss mehr als 15 Millionen. Bezuglich der Abschaffung des Zwangslufes konflikt der Minister die Ausweichung von Noten im Betrage von 232 Millionen Gold und 116 Millionen Silber; es bleiben mit ca. noch 252 Millionen einzuschließen. Der Golddooraht in Italien erhöhte sich. Die gegenwärtige Gedächtnis ergibt aber wegen der Cholera nur einen Überschuss von 300,000 lire. Dieselbe dürfte sich jedoch demnächst viel höher gestalten und zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben hinrichen. Für 1885/86 wird der Überschuss auf 10% / 10 Millionen bestimmt, wovon 9½ Millionen zur Amortisierung von Staatschulden bestimmt sind. Nach hinreichender Bedeckung sämtlicher ordentlicher Ausgaben wird das Budget noch über 90 Millionen zur Befreiung außerordentlicher Ausgaben und Amortisierung der Staatschuld disponieren. Der vorgelegte Gesetzesentwurf über die Reorganisation der Geschäftsräte und die Eisenbahnländerungen werden das Budget vor jeder zusätzlichen Eventualität schützen. Der Minister bespricht den gegenwärtigen Entwurf betreffs der viertäglichen Zahlung der Rentenzinsen und betont die Nothwendigkeit eines organischen Institutes zur Amortisierung der Staatschuld.

Die spätere Regierung führt fort, über die Haltung, welche sie in Folge der Madrider Studentenaufruhen vom 20. November der hauptstädtischen Universität gegenüber eingenommen, beschuldigende Telegramme in die Welt zu senden, die stark an das Sprachwort erinnern: "Wer sich entschuldigt, klagt sich an!" So lautet das neueste Entschuldigungs-Communiqué, d. d. Madrid, 8. Dezember:

Auswärtige Blätter fahren fort, über die

am 20. v. Ms. an der hiesigen Universität stattgehabten Vorgänge übertriebenen Nachrichten zu verbreiten. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß die Freiheit des Unterrichts bei jenen Vorgängen gar nicht in Frage gekommen und von einer Ministerialstelle keine Rede gewesen ist."

Die Thatstache inadessa, daß die Regierung sich einfach auf dem Wege des Dekrets über eine Reihe von Universitätsrechten hinwegsetze, wagt das Ministerium Canovas denn doch nicht abzuleugnen.

Niederlande.

Paris, 5. Dezember. Das neue Wahlgesetz, welches heute der Ausschuß auf den Tisch des Senates niederlegte, hat die volle Zustimmung der Regierung und wird voraussichtlich von denselben angenommen werden, da das linke Zentrum unter dem Vorsitz von Leon Say sich heute zu Gunsten derselben aussprach. Dasselbe hält die gegenwärtigen Senatoren auf Lebenszeit aufrecht, schafft sie aber für die Zukunft ab, d. h. alle 300 Senatoren werden von den Départements gewählt werden. Das Gesetz wird wahrscheinlich nächsten Montag wieder vor die Kammer kommen, die es jedenfalls annehmen wird, da eine große Anzahl Deputirter, welche für den Antrag Bloqué waren, man sagt sogar Bloqué selbst, ihren Widerstand aufgegeben haben. Die Debatten im Senat werden wahrscheinlich heftig werden, da Broglie in den Kampf eintreten und das direkt allgemeine Stimmrecht für die Senatswahlen verlangen will.

Der Handelsminister Nouvier hat eine von 250

Bewohnern des Saône- und Loiredepartements unterzeichnete Petition erhalten, worin gegen die Erhöhung der Zölle auf Brod und Fleisch Einspruch erhoben wird. Die Petition steht auseinander, daß die Auerbauer eher durch die viel zu hohen Packpreise leiden als durch die niedrigen Preise des Getreides. Dieselben halten weder das Elend noch den Hunger zu fürchten. Die Arbeiterklassen littent daher bereits durch die Theuerung der Lebensmittel. Sie machen eine politische Krise durch, die sie bis jetzt mit Geduld ertragen hätten, und erhielten einen

guten Elite-Konzerte (10 Abonnements-Konzerte) haben sich sehr schnell die Gunst des Publikums erworben, was sie ja auch in hohem Grade verdienen. Die vorgeführten Künstler gehörten bisher zu den besten der Zeitzeit und vereilten den Konzerten in der That den Charakter des Vornehmes. Emile Samet, Amelie Essoff und Anna Senkrah sind leuchtende Sterne erster Größe am musikalischen Firmament und nur mit erheblichen Opfern ist es der freiesamen Direktion möglich gewesen, solche illustren Gäste unserm Publikum vorzustellen. Es sieht deshalb zu hoffen, daß diesen Konzerten auch für die Zukunft die nachdrückliche Unterstützung unseres musikliebenden Publikums zu Theil wird. Anna Senkrah (richtig Harlauf) gab am Sonnabend in Stettin ihren ersten Besuch und hat sich dabei gleich zum Liebling des Publikums gemacht. Sie darf getrost wiederkommen, ohne zu fürchten, daß sie ein zweites Mal weniger gut aufgenommen werden würde. Sie ist ein reizendes Kind, das mit seinem wilden Lockhaars, blitzblauen Augen, seinen rosenfleischen Wangen und seinem kindlich-ausgelassenen Auftreten das Publikum zu entzücken weiß. Dazu ist die künstlerische Seite der jungen Dame in so vollendetem Weise beachtet, daß es ihr allein — ohne Zuthun der hübschen äußeren Reize — stets gelingen wird, Bewunderung zu erregen. Fel. Senkrah ist eine sehr bedeutende Künstlerin, die ihre Geige mit ungewöhnlichem Talent beherrscht. Ihre Technik ist, wie bei der Tua, verblüffend und jeder Schwierigkeit gewachsen, die Auffassung vertritt Verständnis und Empfindung. Ihr Ton ist klar, voll und rein, und in jeder Schattierung von wundervoller Wirkung. Das das entzückende Publikum die liebliche nordische Geigenfee reichlich, sehr reichlich mit Applaus bedachte, versteht sich von selbst. Doch auch die übrigen Mitwirkenden, das Orchester, sowie die bekannten und beliebten Mitglieder unserer Oper, Herr Schuegraf sowie die Damen Fel. Bonner und Fel. Buttishardt, die sämtlich prächtig disponirt waren, erhielten für ihre vorzülichen Leistungen gerechte Anerkennung. Die Herren Kapellmeister Feld und Rothe können mit Genugtuung auf den Verlauf des dritten Elite-Konzertes zurückblicken.

Stettin, 9. Dezember. — Am 16. Dezember d. J. begann die dritte und letzte Zählung der Badener Lotterie, in welcher die großen Hauptgewinne von 50,000, 20,000, 10,000 u. s. w. gezogen werden. Die Erneuerung zur 3. Klasse muß spätestens bis zum 9. d. Mts. bei dem mit dem General-Debt betrauten Bankhaus Rob. Th. Schröder hier und in der Expedition dieses Blattes bewirkt werden, woselbst auch ganze Originalloose zum Preis von M. 6,30 zu haben sind. Zur Bequemlichkeit des Publikums werden auch Bittel- und halbe Lose abgegeben.

Am Sonnabend veranstaltete der Garde-

Verein den ersten humoristischen Abend im Belle-

vue-Saal und hatten sich trotz der ungünstigen Wit-

terung die Kameraden sehr zahlreich mit ihren Fa-

miliengruppen eingefunden. Die einzelnen Vorträge fanden

stürmische Heiterkeit und verlebten die Anwesenden in

animierte Stimmung. Der Vorstand hatte aber

auch Alles aufgeboten, um ein vielseitiges Programm

zusammenzustellen. Nach den Vorträgen blieben die

Anwesenden noch bis zur frühen Morgensunde bei

einem gemütlichen Tanzkränzchen vertritt. Im Laufe

des Abends brachte der Vorstehende Herr Gubbe ein

mit Begeisterung aufgenommenes Hoch auf S. Mi-

stät den Kaiser aus.

Stettin, 8. Dezember. Gestern ging Mo-

lariis "Don Juan" zum ersten Male in dieser Saison

in Szene, und zwar bei ausverkauftem Hause. Es

war einmal wieder eine musikalische Erholung, nach

den Nerven erschütternden Treden Wagners die edlen,

zarten, anmuthaften Melodien Mozarts zu hören.

Das Verhalten des Publikums schien auch dieser

Meinung Ausdruck zu verleihen und war gespannt und

anztücht. Über der Ausführung leuchtete ein guter

Stern; es ging Alles gut und glatt.

Den "Don Juan" gab Herr Schuegraf.

Über die Auffassung dieser Rolle sind die Meinungen

sich großer Künstler verschieden gewesen. Der Eine

stellte ihn als vornehm, tüchtig und kalter Führer dar, der Andere macht einen stämmischen, allen Eviden-

zäften ergebenen, charakterlosen, biaischen Bon Vivant

aus ihm. Wie dem auch sei, es ist immer eine

Charakterrolle, die in Bezug auf Darstellung Stadium beansprucht.

Herr Schuegraf brillierte wie immer auf

gesanglichem Gebiete, in Bezug auf Darstellung hätte

eine noch größere Lebendigkeit, ein etwas feurigeres

Temperament nichts schaden können. Im Übrigen

hatte sein Vortrag dramatischen Schwung und eine

entsprechende musikalische Charakterisierung.

Herr Pohl war mit seiner stets durchschlagenden Rolle als Leporello sehr vertreten, um sie lebendig und wirksam zu

gestalten. Dasselbe ist nämlich an Außenstrand

bei Schärfe eine Flasche gefunden und auf dem

vorigen Strandanteil eingelöst worden, welche einen

Zettel enthielt, auf dem folgende Worte geschrieben

standen: "Es ist keine Rettung vorhanden, wie schon

den Tod vor Augen. Möge die Lübecker Kaufmann-

schaft für die Witwen und Waisen sorgen. Es

grüßt Frau und Kinder H. Mull, Führer des Dam-

piers "Silius". Es scheint somit jeder Zweck über

das traurige Ende des Schäffers gehoben.

(Eine Naturdichterin.) Die Pariser Blätter

kündigen einen neuen Band Gedichte an von der dem

dienstlichen Stande angehörigen Dichterin Rose Harel

in Liss. — Dasselbe hat 1864 unter dem Titel

"Die Lerche im Getreide" einen Band Gedichte ver-

öffentlicht, welche ziemlichen Anklang fanden und wegen

ihren zarten, flinigen Gedanken und Schilderungen

noch viel mehr verdienten. Der heutige Band soll

noch bedeutender sein. Die dichterischen Leistungen

Rose Harel sind um so beachtenswerther, als

dieselbe keine weitere Bildung genossen hat, als ein

Unterricht in einer von Nonnen geleiteten Dorfschule.

Sie ist dabei arm, hat fortwährend ihr Brot durch

ihre Hände Arbeit erworben und noch ihre Mutter

unterstützen müssen, welche jetzt 84 Jahre alt und

vollständig erwerbsfähig ist. Um ihre Mutter unter-